

## Das Initiativenforum muss weitergeführt werden



Dem von der Mietenbewegung erkämpften „Initiativenforum Stadtpolitik“ droht das Aus. Das nach etlichen Sparauflagen auf nur noch zwei Mitarbeiter:innen gekürzte Personal, die seit Jahresanfang (!) auf die Auszahlung der im Landeshaushalt auf zwei Jahre bewilligten Mittel von 320.000 € warten, drohen ihren Job nun gänzlich zu verlieren. Monatelang gab es auf Rückfragen keine Auskunft der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (SenSBW). Plötzlich wird dann über die Website ein „Projektaufruf“ veröffentlicht (<https://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/wohnraum/>). Darin werden „stadtpolitische Akteure“ eingeladen, Anträge für Zuwendungen aus Haushaltsmitteln zu stellen. Mit dieser Ausschreibung werden die funktionierenden und kooperativen Strukturen ignoriert und die Zukunft des Initiativenforums in Frage gestellt!

Das Initiativenforum hat in zwei Jahren sehr erfolgreich Strukturen aufgebaut und stadtpolitisch wichtige Prozesse initiiert: Die Kommunikation von Mieten-Initiativen untereinander wurde ausgebaut und eine „Schnittstelle der Initiativenlandschaft zu den Strukturen der Berliner Politik“ geschaffen (s. <https://iniforum-berlin.de/struktur/konzept/>). Das Initiativenforum ist auch medial sichtbar geworden und u.a. stadtwweit durch die Organisation öffentlicher Hearings zur Berliner Wohnungspolitik aufgefallen. Damit wurde zugleich ein regelmäßiges Forum für den Austausch kritischer, aber konstruktiver Vorschläge aus der Mietenbewegung mit Abgeordneten und Verwaltung geschaffen, in dem es auch häufig kontrovers zugeht. Ohne diesen Rahmen hätten die Mieten-Aktiven solche Teilhabe-Foren erst mühsam selber aufbauen müssen. Die Basis der konzeptionellen Arbeit ist ein breit aus Mieterinitiativen und Aktivist:innen gebildeter Beirat, der auch die Hearingsthemen entwickelt und begleitet hat.

Der nun vorliegende „Projektaufruf“ mit öffentlicher Ausschreibung enthält wesentliche Mängel: Er beschränkt das Initiativenforum auf „den Austausch zwischen Initiativen und Vereinen“ und blendet damit die folgenden, im Koalitionsvertrag vereinbarten weitergehenden Aufgaben aus: *„Die Koalition will den Austausch zwischen Politik, Verwaltung, organisierter Zivilgesellschaft und städtischen Bewegungen weiter verbessern, um dauerhaft sichere Mieten und das Gemeinwohl zu fördern. Hierzu gehört auch das Initiativenforum Stadtpolitik Berlin.“*

Die vorliegende Ausschreibung hat mit dem Initiativenforum in seiner aktuellen Form nichts mehr zu tun, sie steht in Widerspruch zur in der Koalition vereinbarten Fortsetzung des Forums.

Dass trotz mehrfacher Gespräche mit der zuständigen Staatssekretärin Radziwill (SPD) nun aus heiterem Himmel eine Ausschreibung präsentiert wird, zeigt das Unverständnis von SenSBW gegenüber auf Augenhöhe oder gleichberechtigten Formaten funktionierender Beteiligung.

Dazu Peter W. Schmidt von der Initiative Mieterprotest Kosmos-Viertel, Mitglied des Beirats:

*„Der Träger des Iniforums braucht praktische Erfahrung mit den aktiven Initiativen der Stadt. Ohne Beteiligung des Iniforum-Beirats in die Vergabeentscheidung wird es kein handlungsfähiges und akzeptiertes Initiativenforum mehr geben. Es geht nicht, dass die bewilligten Mittel von 160.000 € für 2022 ungenutzt bleiben, weil die Verwaltung das Verfahren über ein Jahr in die Länge zieht.“*

Und Tom Küstner vom Beteiligungsgremium Sonnenallee: *„Wir als Beirat freuen uns, dass es endlich weitergeht und sind gespannt auf die Vergabevorschläge. Wir müssen aber Einfluss auf die Entscheidung haben, denn nur Mitarbeiter:innen und Beirat haben den notwendigen Sachverstand. Deshalb wollen wir bei der Auswahl von Projektträger und Inhalten ein Vetorecht.“*